

# Der Konraditag 1882 weist auf die kommenden Ereignisse

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **75 (1975)**

PDF erstellt am: **13.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In mehreren Schulberichten wird erwähnt, daß die *Nahschule* der katholischen Mädchenschule auch von Kindern *protestantischer Konfession* besucht werde<sup>140</sup>. Reklamationen hierüber sind in den Akten nicht zu finden.

## VII. Der Konraditag 1882 weist auf die kommenden Ereignisse

Der vielumstrittene Artikel der Bundesverfassung vom Jahre 1874<sup>141</sup> war ein Werk des Kompromisses. Was ist zu halten von «ausschließlich staatlicher Leitung»? Wann ist der Unterricht «genügend»? Was heißen die Ausdrücke «obligatorisch, konfessionslos»? Ist der anberaumte Schutz gemeint für Katholiken, Protestanten oder Konfessionslose?

Bundesrat Schenk sagte darüber an der Lehrertagung in Solothurn vom August 1880: «Der Art. 27 ist ein blödes, zartes Kind. Sein Vater ist unbekannt, die Mutter (der Bund) ist eine Wöchnerin, die selbst der Pflege bedürftig ist. . . » Die Bundesversammlung und der Bundesrat zeigten sich in der Interpretation, besonders in der Frage der *Lehrschwestern* schwankend, manchmal widerstrebend, manchmal strenger, manchmal milder. Schenk wollte festeren Boden unter seinen Füßen und ein eidgenössisches Schulgesetz schaffen. Ein zentralistisches Schulgesetz sollte die Interpretation von Art. 27 BV im Sinne der freisinnig-radikalen Partei sichern.

Schenks Geheimprogramm wurde infolge Indiskretion veröffentlicht. Darnach waren Schulen unzulässig, deren Leitung einem kirchlichen Amt oder dessen Träger zusteht, deren Unterrichtsplan, Methode, Stundenplan, Lehrmittel usw. nach irgendeiner Richtung

<sup>140</sup> STABA, LL 31, 1813–1879, Bericht von Pfarrer Jurt vom 5. November 1865: Die Arbeitsschule wird von mehreren nicht katholischen Mädchen besucht. . .

<sup>141</sup> Art. 27: Der Bund ist befugt, außer der bestehenden polytechnischen Schule eine Universität und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten und solche Anstalten zu unterstützen.

Die Kantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können. Gegen Kantone, welche diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Bund die nötigen Verfügungen treffen.

von einer kirchlichen Behörde, einer konfessionellen Anstalt oder Genossenschaft ganz oder teilweise abhängig sind. Somit wären alle dem geistlichen Stand oder einem Orden angehörenden Lehrer oder Lehrerinnen vom Unterricht ausgeschlossen gewesen.

Bundesrat Schenk wollte 1880<sup>142</sup> durch eine Umfrage in den Kantonen die Zahl der an den öffentlichen Schulen wirkenden Lehrschwestern feststellen. Der Vorsteher des Erziehungsdepartementes Dr. Paul Speiser antwortete: «In Basel wirken keine Lehrschwestern an öffentlichen Schulen, dagegen besitzen wir hier eine sehr stark besuchte konfessionelle Privatschule der römisch-katholischen Gemeinde, in welcher nach einer amtlichen Aufnahme vom Jahre 1874 elf Lehrschwestern tätig sind, 9 aus dem Elsaß, 1 aus Basel und 1 aus Dornach. Sie gehören den Sœurs de la Providence an und haben ihre Bildung in Portieux (Frankreich) erhalten. Die Privatschule zählte Ende Dezember 1879: 1203 Schüler, 624 Knaben und 579 Mädchen.» Von den Marienbrüdern an der Knabenschule ist nicht die Rede.

Nach dem endgültigen Sieg der radikalen Partei vom Mai 1881 in Basel bestand kein Zweifel mehr, daß Schenks Programm unter Führung des Radikalen Dr. J. J. Burckhardt zur Durchführung kommen mußte. Daran änderte die eidgenössische Volksabstimmung am berühmten Konraditag (26. November 1882), an dem das Schweizervolk den «Schulvogt» mit 318 139 Nein gegen 172 010 Ja ablehnte, nichts mehr, denn die Stadt Basel figurierte unter den annehmenden Ständen mit 4300 gegen 3700 Stimmen. Als sich zwei Jahre später die Basler Stimmbürger für oder gegen die Aufhebung der katholischen Schulen aussprechen mußten, war das Zahlenverhältnis ähnlich: 4479 stimmten mit der radikalen Regierungsmehrheit. Der Vorsteher des Erziehungsdepartementes Burckhardt war entschiedener Anhänger des Schenkschen Programmes: «Es sind gerade 1¼ Jahre her, seit dem wir vor der Abstimmung des 26. Novembers in diesem Saale versammelt waren. Wir waren uns damals darüber klar, daß es sich nicht um den Schulsekretär handle, sondern um die Ausführung der Bundesverfassung. Wir versprechen, dafür einzustehen, daß in der ganzen Schweiz die konfessionslose, einen genügenden Unterricht erteilende Volksschule im Sinn von Art. 27 BV zur Wahrheit werde<sup>143</sup>.»

<sup>142</sup> STABA, LL 31, 1880–1883, Anfrage des Bundesrates vom 12. Juli 1880.

<sup>143</sup> Aus der Ansprache in der Burgvogtei vom 21. Februar 1884.